**Aufforderung zur Abgabe des Teilnahmeantrages und des Angebotes**

**nebst jeweiligen Bewerbungsbedingungen im zweistufigen Verhandlungsverfahren**

**für die europaweite Ausschreibung der**

**Generalplanungsleistungen**

**Ersatzneubau Bauhof Sozialtrakt Stadt Taucha**

gemäß Vergabeverordnung (VgV)

**Referenznummer 01/2024**

Inhaltsverzeichnis

[1. Rahmendaten der Ausschreibung 1](#_Toc155252407)

[1.1 Name und Adresse des Auftraggebers 1](#_Toc155252408)

[1.2 NUTS-Code 1](#_Toc155252409)

[1.3 Internetadresse 1](#_Toc155252410)

[2. Gemeinsame Beschaffung 1](#_Toc155252411)

[2.1 Kommunikation 1](#_Toc155252412)

[2.2 Internetadresse 1](#_Toc155252413)

[3. Art des Auftraggebers 1](#_Toc155252414)

[4. Haupttätigkeiten des Auftraggebers 1](#_Toc155252415)

[5. Umfang der Leistung 2](#_Toc155252416)

[5.1 Bezeichnung des Auftrages 2](#_Toc155252417)

[5.2 CPV-Code Hauptteil 2](#_Toc155252418)

[6. Art des Auftrages 2](#_Toc155252419)

[7. Inhalt des Auftrags 2](#_Toc155252420)

[7.1 Kurze Beschreibung 2](#_Toc155252421)

[7.2 Allgemeine Beschreibung der Leistung/Ziele der Erweiterung 3](#_Toc155252422)

[7.3 Beschreibung der Leistung im Besonderen 3](#_Toc155252423)

[7.4 Lageeinordnung/Baugrundstück: 5](#_Toc155252424)

[8. Ausschreibungsgegenstand/finanzielle und zeitliche Rahmenbedingungen 5](#_Toc155252425)

[8.1 Vorliegende Unterlagen und Vorhandene Planung 6](#_Toc155252426)

[9. Geschätzter Gesamtwert 6](#_Toc155252427)

[10. Angaben zu den Losen 6](#_Toc155252428)

[11. Beschreibung 6](#_Toc155252429)

[11.1 Bezeichnung des Auftrages 6](#_Toc155252430)

[11.2 Erfüllungsort 6](#_Toc155252431)

[11.3 Hauptort der Ausführung 7](#_Toc155252432)

[11.4 Beschreibung der Leistung 7](#_Toc155252433)

[12. Zuschlagskriterien 8](#_Toc155252434)

[13. Geschätzter Wert 8](#_Toc155252435)

[14. Laufzeit des Vertrages 8](#_Toc155252436)

[15. Hinweise zum Verfahren 8](#_Toc155252437)

[15.1 Angaben zur Beschränkung der Zahl der Bewerber 8](#_Toc155252438)

[15.2 Angaben zu Varianten 9](#_Toc155252439)

[15.3 Angaben zu Optionen 10](#_Toc155252440)

[15.4 Angaben zu Mitteln der Europäischen Union 10](#_Toc155252441)

[15.5 Zusätzliche Angaben 10](#_Toc155252442)

[16. Teilnahmebedingungen 11](#_Toc155252443)

[16.1 Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister 11](#_Toc155252444)

[16.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit 12](#_Toc155252445)

[16.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit 13](#_Toc155252446)

[17. Bedingungen für den Auftrag/Angaben zu einem besonderen Berufsstand 15](#_Toc155252447)

[18. Beschreibung der Zuschlagskriterien 16](#_Toc155252448)

[18.1 Hinweise zu den Zuschlagskriterien (a-h) 16](#_Toc155252449)

[18.2 Bewertung 17](#_Toc155252450)

[18.3 Referenzprojekt mit vergleichbarer Aufgabe; Fördermittel (h, i und j) 17](#_Toc155252451)

[18.4 Zuschlagskriterien/Qualitätskriterien/Hinweise allgemein 18](#_Toc155252452)

[18.5 Zuschlagskriterium: Honorarangebot/Allgemeines 18](#_Toc155252453)

[18.6 Honorarangebot – Höhe/Bewertung 19](#_Toc155252454)

[18.7 Zusätzliche allgemeine Hinweise 19](#_Toc155252455)

[19. Verfahren/Verfahrensart 20](#_Toc155252456)

[19.1 Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer 20](#_Toc155252457)

[19.2 Angaben zur Verhandlung 20](#_Toc155252458)

[19.3 Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA) 20](#_Toc155252459)

[20. Verwaltungsangaben (Termine/Fristen) 20](#_Toc155252460)

[20.1 Frühere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren 20](#_Toc155252461)

[20.2 Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge 20](#_Toc155252462)

[20.3 Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe 20](#_Toc155252463)

[20.4 Sprache in der die Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können 20](#_Toc155252464)

[20.5 Bindefrist des Angebotes 21](#_Toc155252465)

[21. Weitere Angaben 21](#_Toc155252466)

[21.1 Angaben zur Wiederkehr des Auftrags 21](#_Toc155252467)

[21.2 Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen 21](#_Toc155252468)

[22. Rechtsbehelfsbelehrungen/Nachprüfungsverfahren 22](#_Toc155252469)

[22.1 Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsbelehrungen/Nachprüfungsverfahren 22](#_Toc155252470)

[22.2 Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt 23](#_Toc155252471)

[23. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung 23](#_Toc155252472)

**Generalplanungsleistungen Ersatzneubau Bauhof Sozialtrakt Stadt Taucha**

# Rahmendaten der Ausschreibung

## Name und Adresse des Auftraggebers

Stadt Taucha

Bürgermeister Herr Tobias Meier

Schloßstraße 13

04425 Taucha

Deutschland

Tel.: +49 34298 70-0

Fax: + 49 34298 70-134

E-Mail: info@taucha.de

## NUTS-Code

DED53

## Internetadresse

<https://www.taucha>.de

# Gemeinsame Beschaffung

## Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei auf der Internetseite [www.evergabe.de](http://www.evergabe.de) zur Verfügung.

## Internetadresse

Hauptadresse: <https://www.taucha.de>,

Adresse des Beschafferprofils: www.evergabe.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind ausschließlich über www.eVergabe.de einzureichen.

# Art des Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

# Haupttätigkeiten des Auftraggebers

Allgemeine öffentliche Verwaltung

# Umfang der Leistung

## Bezeichnung des Auftrages

Generalplanungsleistungen Ersatzneubau Bauhof Sozialtrakt Stadt Taucha

Referenznummer der Bekanntmachung 01/2024

## CPV-Code Hauptteil

71221000-3

# Art des Auftrages

Dienstleistungen

# Inhalt des Auftrags

## Kurze Beschreibung

Die Stadt Taucha liegt in der Leipziger Tieflandsbucht und ist vor allem auch durch den Durchfluss der Parthe geprägt. Die Stadt Taucha gehört seit der Kreisreform im Jahr 2008 dem Landkreis Nordsachsen an und besteht im Übrigen neben der Kernstadt aus mehreren Ortsteilen (Cradefeld, Dewitz/Döbitz, Graßdorf, Merkwitz, Plösitz, Pönitz, Seegeritz und Sehlis).

Im Übrigen verfügt die Stadt Taucha über einige größere Gewerbeansiedlungen, unter anderem in der Pharmaindustrie. Die Stadt an sich und die Wirtschaft vor Ort profitieren von der sehr guten Verkehrsanbindung mit dem nahgelegenen Leipzig und dem Umland.

Die Stadt Taucha verfügt über ein Bauhofgebäude. Auf dem Gelände dieses bestehenden Bauhofgebäudes soll ein Ersatzneubau errichtet werden, der als Sozialtrakt dienen soll. Derzeitig sind die Funktionen Aufenthalt, Umkleiden und Verwaltung für das Bauhofpersonal in den vorhandenen Gebäuden nicht oder nur sehr eingeschränkt gegeben.

Der Neubau soll auf dem Bauhofgelände errichtet werden, dass sich im Eigentum der Stadt Taucha befindet. Das für die Fläche erforderliche Bebauungsplanverfahren ist bereits in die Wege geleitet. Auf der Basis des Bebauungsplanes soll aufbauend im Genehmigungsverfahren Baurecht geschaffen werden.

Die Umgebung des Bauhofgrundstücks ist geprägt von der Niederung der Parthe und zusammenhängenden Wald- und Wiesenflächen im Westen und Süden sowie einer Wohnsiedlung im Osten, an welche sich der Stadtpark anschließt.

Die öffentliche Erschließung des Baugrundstückes besteht über den Weg „Am Wasserwerk“.

Dieses Projekt soll eine erhebliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter des Bauhofes bringen und so selbstverständlich die Leistungsfähigkeit der Verwaltung der Stadt Taucha stärken.

## Allgemeine Beschreibung der Leistung/Ziele der Erweiterung

Die Stadt Taucha beabsichtigt, mit dem Neu- und Ersatzbau des Gebäudes Sozialtrakt die Funktionen Aufenthalt, Umkleiden und Verwaltung neu und wesentlich verstärkt auszubilden. Derzeitig sind diese Strukturen nur eingeschränkt oder gar nicht abbildbar. Das bedeutet auch, dass derzeitig die einschlägigen Arbeitsstättenrichtlinien nur eingeschränkt im bisherigen Gebäude erfüllt werden können.

Die Notwendigkeit der Projektumsetzung ergibt sich also aus dem derzeitigen Flächendefizit im Bestand und den Kriterien des Arbeitsschutzes.

Im Besonderen fehlen auch die Möglichkeiten für ein adäquates Umkleiden des Personals und eines Pausenraumes sowie von Schulungsräumen. Die bisher vorhandenen Flächen der Umkleidebereiche wären insbesondere bei einer Personalerweiterung unzureichend.

Arbeitsrichtlinien werden derzeitig weder in Bezug auf die Mindestgröße der Räumlichkeiten im Bestand noch in Bezug auf die Ausstattung und die Raumtemperaturen erfüllt. Nebenräume für das Abstellen und Trocknen von Kleidung des Personals fehlen vollständig. Die sanitären Anlagen im Bestand erfüllen die Arbeitsstättenrichtlinien nicht.

Das vorhandene Gebäude ist darüber hinaus nicht für eine umfassende Sanierung geeignet, so dass eine Errichtung eines Ersatzneubaus mit einer sauberen Trennung der erforderlichen Funktionen unter Berücksichtigung des aktuellen Bedarfs sowie etwaiger Erweiterungen des Personals und der geltenden Arbeitsstättenrichtlinien alternativlos ist.

Es wird ergänzend auf die bereits vorliegenden und der Ausschreibung anliegenden Planungsunterlagen bis einschließlich LPH 3/Entwurfsplanung der Objektplanung §§ 34 f. HOAI verwiesen.

## Beschreibung der Leistung im Besonderen

Bestand

Das bestehende Gebäude ist nach den bisherigen Untersuchungen weder flächenmäßig noch bezüglich der vorhandenen Konstruktion für eine Sanierung und einen Umbau geeignet. Der Lösungsansatz eines Ersatzneubaus erscheint deshalb alternativlos.

Ersatzneubau/Konstruktion

Der Neubau soll ohne Unterkellerung über eine lastabtragende Bodenplatte mit umlaufender Frostschürze ausgeführt werden. Ein Bodengrundgutachten liegt vor und ist Gegenstand der Ausschreibung.

Grundsätzlich soll die Bodenplatte als Stahlbeton-Bodenplatte ausgeprägt werden.

Die Außenwände sind in Holzrahmenbauweise geplant. Darüber hinaus ist ein lastabtragendes Ständerwerk mit Stielen geplant. Die bisher vorgesehen Dämmung ergibt sich aus den vorhandenen Planungsunterlagen. Die Außenflächen werden geputzt und angestrichen. Innenseitig soll der Abschluss mit einer GKB (Gipskarton-Bauplatte) -Lage ausgebildet werden, die gespachtelt und gemalert werden kann.

Die Innenwände sind vergleichbar mit den Außenwänden in Holzrahmenbauweise vorgesehen. Die Stärke ergibt sich aus den statischen Anforderungen für die Stiele.

Technische Installationen können entweder in den Wänden oder als Aufputz Variante erfolgen. Eine zusätzliche Installationseben ist jedoch nicht vorgesehen. Der Brandschutz ist für raumabschließende Funktionen zu beachten.

Zur Ausbildung kleinerer Raumstrukturen können auch klassische Trockenbauwände dienen. Für Sanitärräume ist die Verwendung von feuchtraumgeeigneten Gipskarton-Bauplatten (GKBI) vorgesehen.

Die Decken sollen in Holzbauweise errichtet werden. Die weitere Planung und die statischen Anforderungen werden insofern die weiteren Entscheidungen, ob es sich dabei um Holzbalken- decken oder Massivholzdecken (Brettsperrholz) handeln wird, erbringen. Im Übrigen können die Decken insbesondere in reinen Funktionsräumen als Rohdecken einschließlich Installationen sichtbar bleiben, was die Minimierung der Baukosten dient.

Die Decke über dem Erdgeschoss ist statisch so auszulegen, dass sich anschließend das Obergeschoss auch über den gesamten Erdgeschossbereich erstrecken kann, sofern Erweiterungen erforderlich sind. Über dem Obergeschoss ist der Abschluss derzeitig mit einer Holzbalkendecke vorgesehen. Dies ist nicht zuletzt dadurch bedingt, dass die Dachkonstruktion als Flachdach ausgebildet werden soll.

Bei dem Flachdach sind bewährte Systeme für den Aufbau zu verwenden. Die Gefälleausbildung ist zu beachten, um eine Ableitung des Regenwassers über Entwässerungspunkte zu ermöglichen.

Das Dach soll einen ausreichenden Blitzschutz erhalten. Die Nutzung des Daches kann als Gründach ausgeprägt werden. Dabei kann es sich sowohl um eine extensive Begrünung oder um eine Bekiesung handeln. Auch die Nutzung für eine PV-Anlage ist denkbar und zwar auch, wenn es sich insofern um ein begrüntes Dach und mithin um eine Doppelnutzung handelt.

Da das Gebäude in Teilen zweigeschossig ausgeführt werden soll, sind Treppenanlagen unerlässlich. Eine Außentreppe ist nicht erforderlich.

Fenster sollten als Kunststofffenster vorgesehen werden. Ein Sonnenschutz ist unverzichtbar. Außentüren sollen mit Blick auf die Langlebigkeit als Aluminiumtüren ausgeführt werden. Innentüren sollten mit Glasfüllungen geplant sein und im Übrigen in Funktionsräumen als geschlossene Panel.

Erhöhte Anforderungen an den Einbruch- und Schallschutz sind nicht zu erwarten.

Umsetzung Raumprogramm/Gestaltung

Das vorgesehene Gebäude soll den Charakter eines zweckmäßigen und eher kompakten Baukörpers tragen, und zwar mit einem domminierenden Erdgeschoss und einem leicht auskragenden Obergeschoss, dass sich jedoch nicht vollflächig über das gesamte Erdgeschoss erstreckt. Im Erdgeschoss ist eine räumlich funktionale Trennung der Bereiche Aufenthalt/Pausenraum und Umkleide- und Abstellbereiche vorgesehen.

Die Festlegung zu Qualitäten, Formaten und Formen der Innenausstattung ist weitgehend der Ausführungsplanung vorbehalten. Im Übrigen wird aber auf die schon vorliegenden Planunterlagen verwiesen.

Barrierefreiheit

Ein ebenerdiger Zugang zum Gebäude wird gegeben sein. Eine barrierefreie Erschließung aller vorhandenen Ebenen und Räumlichkeiten ist nicht vorgesehen.

Entwässerung

Die Dachentwässerung ist vorstehen bereits beschrieben. Im Übrigen ist unter Berücksichtigung des Bodengutachtens die lokale Versickerung des Niederschlagswassers zu präferieren.

Das anfallende Schmutzwasser wird unter dem Gebäude gesammelt und dem örtlichen Schmutzwassernetz zugeführt.

Heizung, Lüftung und Sanitär sowie Elektro

Die Bereitstellung von Wärme ist derzeitig über eine vollflächige Fußbodenheizung vorgesehen. Die Erzeugung der Heizwärme kann über eine Luft-Wasser- Wärmepumpe erfolgen.

Die elektrotechnischen Anlagen werden funktionell auf das Wesentliche begrenzt ausgelegt. Die Installation einer PV-Anlage auf dem Dach soll möglich sein.

Die Anforderungen aus dem Brandschutzgutachten sind auch bei der Elektroplanung zu beachten.

## Lageeinordnung/Baugrundstück:

Das Baugrundstück kann wie folgt konkretisiert werden:

04425 Taucha, Am Wasserwerk 15

Gemarkung Taucha, Flurstück 810/4, noch zu vermessende Teilfäche

Eigentümer des Grundstückes ist die Stadt Taucha.

Das Grundstück kann wie folgt eingeordnet werden. Das Bauhofgebäude ist zentral in der Kernstadt Taucha gelegen und befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Freizeitbad der Stadt Taucha und südlich zum historischen Stadtkern.

Für das Baufeld soll auch auf der Basis der bereits vorliegenden Planung (bis zur Entwurfsplanung) eine Bebauungsplanung aufgestellt werden, die bereits in Auftrag gegeben ist. Damit sollen die grundlegenden baurechtlichen Rahmen und Möglichkeiten zur Errichtung des Neubaus geschaffen werden.

Es wird ergänzend auf die bereits vorliegenden Planungsunterlagen und die vorhandenen Lagepläne verwiesen.

# Ausschreibungsgegenstand/finanzielle und zeitliche Rahmenbedingungen

Als Kostenrahmen sind insgesamt (KG 200-700) 1.870.085,00 EUR brutto/1.571.500,00 EUR netto veranschlagt.

Das Vorhaben soll sehr zügig realisiert werden. Es liegen Fördermittel auf der Basis des Bund-Länder-Programms „Lebendige Zentren (LZP)- Stadtbauförderung- zugrunde. Der Vorläufige Zuwendungsbescheid vom 17.11.2022 liegt dieser Ausschreibung an.

Alle Grundleistungen der HOAI für folgende Punkte sollen ausgeschrieben werden:

1. Objektplanung Gebäude und Innenräume, LPH 4-9, § 34 ff. HOAI

2. Fachplanung - Tragwerksplanung, LPH 1-6, § 51 f. HOAI

3. Fachplanung für Technische Gebäudeausrüstung, LPH 1-9 § 55 f. HOAI

Besondere Leistungen/Beratungsleistungen, wie Brandschutz, Feuerwehr-, Flucht- und Rettungspläne und gegebenenfalls SiGeKo sind vorzusehen.

Die Baunebenkosten (KG 700) sind mit 292.415 EUR netto angenommen.

## Vorliegende Unterlagen und Vorhandene Planung

Die Leistungsphasen 1-3 gemäß §§ 34 ff. HOAI, der Objektplanung, hat das Büro Weidemüller Hochbauplanung aus Wurzen ausgeführt.

Sämtliche bisher erbrachten Planungsleistungen werden mit der hier vorliegenden Ausschreibung veröffentlicht. Es wird vollumfänglich auf diese vorliegenden Planungsleistungen verwiesen. Da die Anlage dieser Unterlagen und die Bekanntgabe des vorbefassten Büros erfolgt, kann sich auch dieses Büro als Bewerber an diesem Verfahren beteiligen.

# Geschätzter Gesamtwert

1.870.085,00 EUR brutto/1.571.500,00 EUR netto

# Angaben zu den Losen

Aufteilung in Lose: nein

Die Leistungen werden als Generalplanungsleistung ausgeschrieben, um Planungs- und Baukosten zu begrenzen und die im Rahmen der Förder- und Haushaltsmittel gesetzten bindenden Kosten- und Zeitrahmen einzuhalten. Die Ausnahme von dem Grundsatz der losweisen Vergabe ist für entsprechende Fälle nach Auffassung des Auftraggebers juristisch unbedenklich.

# Beschreibung

## Bezeichnung des Auftrages

Dienstleistung

## Erfüllungsort

Stadt Taucha

## Hauptort der Ausführung

Stadt Taucha

## Beschreibung der Leistung

Die Stadt Taucha möchte das vorhandene funktional und flächenmäßig unzureichende Bauhofgebäude durch einen Neubau ersetzen. Dabei verfolgt die Stadt Taucha das Ziel, die Anforderungen an ein Bauhofgebäude auch in Bezug auf die Arbeitsstättenrichtlinie in Zukunft erfüllen zu können und dem Personal ein attraktives Umfeld auch in Pausen und Umkleidezeiten zur Verfügung stellen zu können und auch für eventuelle personelle Erweiterungen in der Zukunft gewappnet zu sein.

Im Übrigen ist auf die vorstehende Beschreibung der Leistungen sowie die anliegenden Planungen zu verweisen. Es sind die nachfolgend benannten Grundleistungen der HOAI für folgende Punkte im Rahmen einer Generalplanung zu erbringen:

1. Objektplanung Gebäude und Innenräume, LPH 4-9, § 34 HOAI  
2. Fachplanung - Tragwerksplanung, LPH 1-6, § 51 HOAI  
3. Fachplanung für Technische Gebäudeausrüstung, LPH 1-9 § 55 HOAI  
4. Besondere Leistungen/Beratungsleistungen, wie Brandschutz, Feuerwehr-, Flucht- und Rettungspläne und gegebenenfalls SiGeKo.

Die Ausschreibung erfolgt jeweils optional (Objektplanung LPH 4; 5-7 und 8-9; Fachplanungen bis LPH 1-4; 5-7; und 8-9) und die Beauftragung der beschriebenen Optionen ist von der Bewilligung von Fördermitteln und der Erteilung der Baugenehmigung abhängig.

Die Vorschriften aus dem Vorläufigen Zuwendungsbescheid vom 17.11.2022 sind vollumfänglich zu beachten.

Als Kostenrahmen für die Maßnahme sind insgesamt (KG 200-700) ca. 1.870.085,00 EUR brutto/1.571.500,00 EUR netto veranschlagt.

Der potentielle Bieter[[1]](#footnote-1) sollte auch Erfahrungen im Umgang mit Fördermitteln haben.

# Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterien sind die nachstehend näher bezeichneten Kriterien:

|  |  |
| --- | --- |
| **Zuschlagskriterium** | **Gewichtung** |
| Darstellung eines möglichen Umsetzungskonzeptes | 10 |
| Umfassende Darstellung eines Referenzobjektes -Neubau vergleichbarer Funktionsgebäude für einen öffentlichen Auftraggeber | 15 |
| Vorstellung zur Projektorganisation / interne und externe Kommunikation | 5 |
| Darstellung und Herangehensweise an die Innenausstattung / Materialien / Farben | 10 |
| Darstellung und Herangehensweise an Kostenplanung und Kostensicherung | 5 |
| Darstellung und Herangehensweise an die zeitliche Umsetzung der Planung und Ausführung / Terminplanung / Terminsicherung | 5 |
| Methoden zur Sicherung der Kosteneffizienz / Qualitätsmanagement / Folgekosten  Nachhaltigkeit / Ökologie | 5  5 |
| Erfahrungen bei der Unterstützung zur Beantragung und Umsetzung sowie Abrechnung von Fördermitteln | 10 |
| Vorstellung des Projektteams / Verfügbarkeit der Projektbeteiligten / Präsentation des Projektteams / technische Büroausstattung | 10 |
| **Preis** |  |
| Honorar mit Kosten; Nebenkosten; Stundenlöhne; Besondere Leistungen | 20 |

# Geschätzter Wert

ca. 347.973,85 EUR brutto/ 292.415,00 EUR netto

# Laufzeit des Vertrages

01.06.2024 – 30.09.2024

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Die Auftragserteilung erfolgt optional und bezieht sich zunächst auf die Leistungsphasen bis zur LPH 4 nach § 34 ff. HOAI. Im Falle der Erteilung der Baugenehmigung soll es zur weiteren Beauftragung kommen und damit zur Fortsetzung des Auftrages. Die Ausführung der weiteren Leistungsphasen im Sinne der §§ 34 ff. HOAI sollen sich vorbehaltlich der Fördermittelgewährung und der Vorlage der Baugenehmigung unmittelbar anschließen.

# Hinweise zum Verfahren

## Angaben zur Beschränkung der Zahl der Bewerber

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Die Wertung der eingehenden Bewerbung erfolgt unter folgenden objektiven Kriterien und werden, wie folgt, bewertet. Die Kriterien bilden

|  |  |
| --- | --- |
| **Kriterium** | **max.**  **erreichbare Punktzahl** |
| durchschnittlicher Gesamtumsatz (Jahresmittel) der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023) | 5 |
| durchschnittliche Umsatz für einschlägige Leistungen in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023) | 5 |
| durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023) | 5 |
| durchschnittliche Anzahl der Architekten und Ingenieure der vergangenen drei Jahre (2021, 2022, 2023) | 5 |
| Berufserfahrung des Projektleiters | 5 |
| Berufserfahrung des Projektstellvertreters | 5 |
| Berufserfahrung des Planers Objektplanung | 5 |
| Berufserfahrung des Fachplaners TGA | 5 |
| Berufserfahrung des Fachplaners ELT | 5 |
| Berufserfahrung des Fachplaners Brandschutz | 5 |
| Berufserfahrung des Fachplaners Tragwerk | 5 |
|  |  |
|  |  |
| Anzahl der Referenzen für vergleichbare Bauten (Gebäude mit unterschiedlicher Nutzung) in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023) | 5 |
| Anzahl der Referenzen für Generalplanungsleitungen für vergleichbare Planungsleistungen (Neubau) in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023) | 5 |
| Anzahl der Referenzen für öffentliche Auftraggeber und mit Fördermitteln in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023) | 5 |

Die Gewichtung differenziert zwischen 1, 3 und 5 Punkten, wobei die jeweiligen gestellten Mindestanforderungen immer mit 1 Punkt bewertet sind.

Die teilweise Erfüllung der o. g. Kriterien führt nicht zum Ausschluss, sondern zu einer entsprechend geringeren Bewertung, vorausgesetzt, die Mindestkriterien sind erfüllt.

Die Bewertungsübersicht bzw. -matrix steht, wie der Teilnahmeantrag u. a., auf www.eVergabe.de zur Verfügung.

Das weitere Verfahren wird auf die punktbesten Bewerber der Plätze 1 bis max. 5 beschränkt.

Bei Punktgleichheit erfolgt die Entscheidung durch Losentscheid.

## Angaben zu Varianten

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

## Angaben zu Optionen

Optionen: ja Objektplanung LPH 4 und bis LPH 4 Fachplanungen;

5-7, 8-9 HOAI nach §§ 34 ff. HOAI

Grund der Optionen: Erteilung Baugenehmigung; Gewährung Fördermittel

## Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

nein

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln des Bundes und des Landes Sachsen sowie der Kommune finanziert wird.

## Zusätzliche Angaben

Der Teilnahmeantrag, der EEE-Vordruck (zwingend im Rahmen der ersten Auswahlstufe zu verwendende Unterlagen) sowie die Bewertungsmatrizen und der Vertragsentwurf stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung.

Die Anfragen und die Antworten von Bewerbern werden ebenfalls eingestellt und anonymisiert.

Jeder Bewerber hat die Möglichkeit das Baugrundstück bzw. das bestehenden Bauhofgebäude zu besichtigen. Die Besichtigung wird seitens der Stadt Taucha durch Herrn Tobiaschek organisiert.

Es ist zu beachten, dass Herr Tobiaschek oder eine andere Person vor Ort am Gebäude keine Fragen zum Ausschreibungsverfahren beantworten werden. Diese Fragen können aus Gründen der Transparenz ausschließlich schriftlich über das Portal www.eVergabe.de erfolgen.

Die Ausschreibung berücksichtigt die Belange des Mittelstandes angemessen, indem die Beteiligung auch von Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmern ermöglicht wird und die Anforderungen in Bezug auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit und die technische und berufliche Leistungsfähigkeit regelmäßig durch Addition der jeweiligen Anforderungen mit dem Mitglied der Bewerbergemeinschaft oder dem eigentlichen Bewerber und den Nachunternehmern erfüllt werden können.

Sollten sich Bewerbergemeinschaften bewerben, die sich im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenschließen, sind alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu benennen. Es ist anzugeben, wer der bevollmächtigte Vertreter der Bewerbergemeinschaft ist und welches Mitglied der Bewerbergemeinschaft welche Leistungen im Falle der Auftragserteilung erbringen wird.

Die Bewerbergemeinschaft hat dem Auftraggeber einen Ansprechpartner für alle wirtschaftlichen und planungsrechtlichen Fragen zu benennen.

Den Ausschreibungsunterlagen sind die Unterlagen der bisher erbrachten Planungsleistungen LPH 3 Objektplanung sowie weitere Unterlagen beigefügt. Die Anlage dieser Unterlagen und die Bekanntgabe der vorbefassten Büros erfolgen im Rahmen der Ausschreibung, da sich auch diese Bewerber potentiell am Verfahren beteiligen können sollen.

Der vorhandene Planungsstand kann sehr wohl optimiert und angepasst werden.

# Teilnahmebedingungen

## Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Folgende Erklärungen und Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag abzugeben:

1. Befähigung zur Erlaubnis der Berufsausübung mit Nachweis der Berufszulassung durch Eintragung in ein Berufsregister entsprechend den Vorgaben der Europäischen Union bzw. desjenigen EU-Staates, in dem der Bewerber tätig ist.

Nachweis, dass die Berufsbezeichnung Architekt und/oder Ingenieur geführt werden darf.

1. Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber den Auftrag erbringt (Ausführung ausschließlich durch eigenes Unternehmen, Bewerbergemeinschaft oder mit Hilfe von Nachunternehmern).

Sollte die Leistungserbringung durch Bewerbergemeinschaften oder mit Hilfe von Nachunternehmern erfolgen, ist durch den Bewerber zu erklären, wie die Aufteilung der Leistungen erfolgen wird und welche Person der Ansprechpartner für alle wirtschaftlichen und planungsrechtlichen Fragestellungen ist.

1. Erklärung, ob und auf welche Art und Weise der Bewerber, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft oder eventuell tätiger Nachunternehmer wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verbunden sind.
2. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123, § 124 GWB bestehen.
3. Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG,
4. Der Bewerber muss bereit sein, im Auftragsfalle eine Erklärung nach § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben,
5. auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag nebst Anlagen und EEE-Vordruck; Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verwendung in der ersten Auswahlstufe zur Verfügung.
6. Bedient sich der Bewerber gemäß § 47 VgV eines Nachunternehmers, so soll er durch eine Verpflichtungserklärung derselben nachweisen, dass der jeweilige Nachunternehmer tatsächlich die ihm zugedachte Leistung erbringen kann. Die vorgenannten Nachweise und Erklärungen sind zwingend auch durch den Nachunternehmer abzugeben und den Bewerbungsunterlagen des Bewerbers beizufügen.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung seiner Bewerbungsunterlagen erfolgt nicht. Der Bewerber erhält die Bewerbungsunterlagen nicht zurück.

Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen und Nachweise bei dem Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegen haben und soweit dies juristisch möglich ist, und im Übrigen Relevanz für die Wertung besteht. Der Auftraggeber wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

## Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Folgende Erklärungen und Unterlagen sind durch oder mit den Bewerbungsunterlagen abzugeben oder diesen beizufügen:

1. Erklärung zum Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023),

Erklärungen zum Umsatz bei einschlägigen Planungsleistungen in den letzten 10 abgeschlossenen Geschäftsjahren (2014-2023);

die Nachunternehmer benennen auch die Umsätze, wie vorstehend beschrieben.

Die jeweiligen Gesamtumsätze und Umsätze einschlägiger Planungsleistungen des Bewerbers oder des Nachunternehmers werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.

1. Nachweis einer Berufshaftpflicht gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 1 bzw. 4 VgV über 2.000.000,00 EUR Personenschäden und über 1.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden) bei einem Versicherungsunternehmen oder Kreditinstitut, das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist.

Die Ersatzleistung der Versicherung muss mindestens das Zweifache der Deckungssumme pro Jahr betragen. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden.

Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckung (d. h. ohne Unterscheidung nach Personen- und übrigen Vermögensschäden) ist eine Erklärung des Versicherungsunternehmens erforderlich, dass beide Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des Versicherungsnehmers nachgewiesen werden, in der er den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert.

Der Versicherungsnachweis darf, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an, nicht älter als sechs Monate sein und muss der Bewerbung beiliegen. Das Ausstellungsdatum muss aus dem Nachweis ersichtlich sein. Bei Bewerbergemeinschaften muss für jedes Mitglied und bei Nachunternehmern für jeden Nachunternehmer ein entsprechender Versicherungsnachweis vorliegen.

1. Auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und EEE-Vordruck; Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verwendung in der 1. Auswahlstufe zur Verfügung.

Geforderte Mindeststandards:

* + durchschnittlicher Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 400.000,00 EUR
  + durchschnittlicher Umsatz einschlägige Planungsleistungen (Mittel) 600.000,00 EUR
  + Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung über 2.000.000,00 EUR für Personenschäden und 1.000.000,00 EUR für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden),
  + ausgefüllter und unterzeichneter Teilnahmeantrag und EEE-Vordruck, Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung. Nachweis der im Auftragsfall vorliegenden Berufshaftpflichtversicherung mit den vorgenannten Deckungssummen.

Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen und Nachweise bei dem Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegen haben, jedoch Relevanz für die Wertung besteht. Der Auftraggeber wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

## Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Angabe der durchschnittlichen Anzahl von Mitarbeitern in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV,

die Nachunternehmer benennen auch die Mitarbeiter wie vorstehend beschrieben.

Die jeweilige Anzahl der Mitarbeiter der Bewerber/Bewerbergemeinschaft und der Nachunternehmer werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein,

1. Angabe der durchschnittlichen Anzahl von Architekten und Ingenieuren (Fachkräften) in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023) gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV, Angabe der im Zusammenhang mit der Leistungserbringung einzusetzenden Fachkräfte und die eindeutige Benennung des Projektleiters bzw. des stellvertretenden Projektleiters sowie der übrigen Fachplaner.

Die Erklärung des Bewerbers/Bewerbergemeinschaft über die Berufsqualifikation des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters gemäß § 75 VgV.

Die Person des Projektleiters erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Dies ist nachzuweisen.

Die Person des stellvertretenden Projektleiters erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Dies ist nachzuweisen.

Der jeweilige Fachplaner erfüllt die fachliche Anforderung, wenn er berechtigt ist, die Berufsbezeichnung „Architekt“ (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) oder „Ingenieur“ (im Sinne des § 75 Abs. 2 VgV) im jeweiligen Herkunftsstaat des Bewerbers (Sitz des Bewerbers) zu führen. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung „Architekt“ oder „Ingenieur“ nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen, also Befähigungsnachweise vorzulegen, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG -Berufsanerkennungsrichtlinie- gewährleistet ist.

Die Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft und die Nachunternehmer benennen auch die Anzahl der Mitarbeiter und Architekten und Ingenieure, wie vorstehend beschrieben. Die jeweilige Anzahl der Mitarbeiter und Architekten und Ingenieure der Bewerber/Bewerbergemeinschaften und Nachunternehmer werden addiert und gehen als Summe in die Wertung ein.

1. Die Berufserfahrung des Projektleiters ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes und des geeigneten Nachweises zum Berufsabschluss im oben stehenden Sinne nachzuweisen.
2. Die Berufserfahrung des stellvertretenden Projektleiters ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes und des geeigneten Nachweises zum Berufsabschluss im oben stehenden Sinne nachzuweisen.
3. Die Berufserfahrung des Planers Objektplanung ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
4. Die Berufserfahrung des Fachplaners-TGA/HLS ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
5. Die Berufserfahrung des Fachplaners-TGA/ELT ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
6. Die Berufserfahrung des Fachplaners-Brandschutz ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.
7. Die Berufserfahrung des Fachplaners-Tragwerk ist durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen.

Angabe von mindestens drei Referenzen gemäß § 75 Abs. 5 VgV für Objektplanungsleistungen für vergleichbare Bauten (Neubau Funktionsgebäude) in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023) einschließlich der nachbenannten Angaben.

Angabe von mindestens zwei Referenzen gemäß § 75 Abs. 5 VgV für Generalplanungsleistungen für vergleichbare Bauten (Neubau) in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023) einschließlich der nachbenannten Angaben.

Referenzen können bei allen vorstehenden Kategorien genannt werden, wenn mehrere Kategorien erfüllt sind.

Von den sieben geforderten Referenzen müssen mindestens zwei Referenzobjekte für öffentliche Auftraggeber sowie auf der Basis von Fördermitteln in den letzten zehn Jahren (2014-2023) erfolgt sein.

Die Leistungserbringung soll durch die jeweiligen Auftraggeber schriftlich bestätigt sein.

Folgende Angaben sind bei den Referenzobjekten erforderlich:

* Bezeichnung des beauftragten Architektur- oder Ingenieurbüros
* ggf. Benennung des Nachunternehmers
* Projektbezeichnung
* Name des Projektleiters und des stellvertretenden Projektleiters
* Projektlaufzeit (mindestens 1 x LPH 2-8)
* Projektvolumen brutto insgesamt (KG 200-700)
* Projektvolumen
* beauftragte, selbst erbrachte Leistungen
* beauftragte Leistungen des/der Nachunternehmer/s
* Honorarzone
* Einhaltung des Kosten- und Terminrahmens
* Länge der Planungs- und Bauzeit
* öffentliche Fördermittel (welches Fördermittelprogramm) und öffentliche Auftraggeber
* Kontaktdaten Auftraggeber

Die Nachunternehmer benennen zu den jeweils von ihnen zu erbringenden Leistungen ebenfalls 3 Referenzen und deren Auftraggeber, ohne dabei die vorstehend geforderten Angaben im Einzelnen benennen zu müssen.

Sonstiges:

Die Angaben zu den Referenzobjekten im vorstehenden Sinne sind auf jeweils höchstens zwei DIN A4-Seiten einschließl. eventueller graphischer Darstellungen (Grundrisse, Ansichten, Fotos und Beschreibung in Textform) zu beschränken.

Der Auftraggeber behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten Auftraggebern über die Ausführung der angegebenen Referenzobjekte zu prüfen. Bewerber, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die erbrachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen.

Geforderte Mindeststandards des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft:

* durchschnittliche Anzahl von mindestens 8 Mitarbeiter in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023)
* durchschnittliche Anzahl von mindestens 7 Architekten (im Sinne des § 75 Abs. 1 VgV) und/oder Ingenieuren (im Sinne von § 75 Abs. 2 VgV) inklusive Geschäftsführung in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (2021, 2022, 2023)
* 10 Jahre Berufserfahrung für den Projektleiter
* 7 Jahre Berufserfahrung für den stellvertretenden Projektleiter
* 10 Jahre Berufserfahrung für den Planer Objektplanung
* 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - TGA/HLS
* 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - Brandschutz
* 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - TGA/ELT
* 7 Jahre Berufserfahrung für den Fachplaner - Tragwerk
* 3 Referenzen für Objektplanungen für vergleichbare Bauten in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023),
* 1 Referenz für Generalplanungsleistungen für vergleichbare Bauten in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023),
* davon (drei vorstehende Anstriche) 2 Referenzobjekte für öffentliche Auftraggeber und mit Umsetzung von Fördermitteln in den vergangenen zehn Jahren (2014-2023);
* auszufüllender und zu unterzeichnender Teilnahmeantrag und Vordruck-EEE, Unterlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung; Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung mit den vorstehend angegebenen Deckungssummen.

Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen und Nachweise bei dem Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegen haben, jedoch Relevanz für die Wertung besteht. Der Auftraggeber wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

# Bedingungen für den Auftrag/Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten.

# Beschreibung der Zuschlagskriterien

Folgende Zuschlagskriterien sind darzustellen:

1. Darstellung eines möglichen Umsetzungskonzeptes mit kurzer Darstellung der beabsichtigten Herangehensweise an die ausgeschriebene Aufgabenstellung;
2. Vorstellung zur Projektorganisation / interne und externe Kommunikation;
3. Darstellung und Herangehensweise an die Innenausstattung / Materialien / Farben;
4. Darstellung und Herangehensweise an Kostenplanung und Kostensicherung;
5. Darstellung und Herangehensweise an die zeitliche Umsetzung der Planung und Ausführung / Terminplanung / Terminsicherung;
6. Methoden zur Sicherung der Kosteneffizienz / Folgekosten / Qualitätsmanagement
7. Nachhaltigkeit / Ökologie;
8. Vorstellung des Projektteams / Verfügbarkeit der Projektbeteiligten / Präsentation des Projektteams / technische Büroausstattung;
9. Erfahrungen bei der Unterstützung zur Beantragung und Umsetzung sowie Abrechnung von Fördermitteln;
10. umfassende Darstellung eines Referenzobjektes - vergleichbare Bauten-

## Hinweise zu den Zuschlagskriterien (a-h)

Es ist ein Umsetzungskonzept mit einer kurzen Darstellung der möglichen Herangehensweise an die geplanten Leistungen vorzulegen, das auf die vorstehend ausgeführten Stichpunkte und die bereits erfolgten Planungen Bezug nimmt.

Bei den Darlegungen zur Umsetzung in Bezug auf die konkrete ausgeschriebene Leistung soll lediglich die Methodik skizziert und nicht die eigentliche Planungsleistung in irgendeiner Form vorweggenommen werden. Dies gilt auch für die übrigen Stichpunkte. Es handelt sich insofern nicht um Leistungen, die bereits einer Vergütung unterliegen oder unterliegen können.

Im Umsetzungskonzept ist auf die bereits vorhandenen Planungen einzugehen. Veränderungsvorschläge können unterbreitet werden.

Bei den vorstehend ausgeführten Stichpunkten a-h, die der Gewichtung unterliegen, ist zu jedem Punkt gesondert kurz darzulegen.

Im Hinblick auf die Verfügbarkeit des Projektteams unter h) ist es für den Auftraggeber wünschenswert, wenn insbesondere während der Bauphase eine Wegzeitstrecke zum Bauvorhaben von einer Stunde nicht überschritten wird.

Im Anschluss an das Bietergespräch wird neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die in Papierform vorgelegten Ausführungen ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis wegen der Form und des aufgeführten Inhaltes bewertet.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung der Ausführungen erfolgt ausdrücklich nicht.

Die vorstehenden Zuschlagskriterien sind bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.evergabe.de innerhalb der Angebotsfrist zu erfüllen und zum Bietergespräch in Papierform vorzulegen und die Ausführungen sind in 4-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Ausführungen sollen einen Umfang von 15 DIN A4 -Seiten bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

## Bewertung

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden.

Die Punkte 5, 3 und 1 beinhalten folgende Bewertung:

5 Punkte:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter a) bis g) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und des Bietergespräches erfasst und verständlich und nachvollziehbar dargestellt. Der jeweilige Ansatz überzeugt und ist optimal geeignet, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden erfasst und benannt und Lösungen angeboten.

3 Punkte:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter a) bis g) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und/oder des Bietergespräches erfasst und im Wesentlichen verständlich und nachvollziehbar dargestellt. Der jeweilige Ansatz ist geeignet, die anstehenden Aufgaben zu lösen. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden erfasst.

1 Punkt:

Die jeweiligen Qualitätskriterien benannt unter a) bis g) sind im Rahmen der Angebotsabgabe und/oder des Bietergespräches nicht oder unwesentlich erfasst. Der jeweilige Ansatz überzeugt nicht. Schwierigkeiten, die mit der Leistungsbeschreibung verbunden sein könnten, werden nicht oder unzureichend erfasst.

## Referenzprojekt mit vergleichbarer Aufgabe; Fördermittel (h, i und j)

Das Referenzobjekt oder die Referenzobjekte sind kurz zu beschreiben, wobei die Angaben, die im Rahmen des Teilnahmeantrags zu den Referenzen erfolgten, nicht nochmals Gegenstand der Bewertung sind. Insbesondere wird gewertet, wie an die Umsetzung der beauftragten Leistung (bei einer vergleichbaren Leistung) herangegangen wurde, ob und in welchem Umfang die örtliche Verfügbarkeit des Projektteams gegeben war, wie die Kommunikation mit einem und/oder mehreren Auftraggebern erfolgte und wie im Zusammenhang mit der Beantragung der Fördermittel Unterstützung gegenüber den Auftraggebern geleistet wurde und wie die Unterstützung gegenüber den Auftraggebern bei der Abrechnung der Fördermittel erfolgte.

Bei den Ausführungen ist zu jedem der vorstehend ausgeführten Stichpunkte i-j, die der Gewichtung unterliegen, kurz darzulegen.

Das vorstehende Qualitätskriterium ist ebenfalls bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.eVergabe.de innerhalb der Angebotsfrist schriftlich zu erfüllen und zum Bietergespräch in Papierform vorzulegen und die Ausführungen sind in 4-facher Ausfertigung zu übergeben.

Die Ausführungen sollen einen Umfang von 5 DIN A4 -Seiten (Kriterien h) und i)) bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden. Die Punkte 5, 3 und 1 beinhalten folgende Bewertung:

5 Punkte:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe sind anschaulich dargestellt und verständlich beschrieben.

3 Punkte:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe sind dargestellt und beschrieben.

1 Punkt:

Das Referenzobjekt und die Herangehensweise bei einer vergleichbaren Aufgabe sind unzureichend dargestellt und unzureichend beschrieben.

## Zuschlagskriterien/Qualitätskriterien/Hinweise allgemein

Im Anschluss an das Bietergespräch werden neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die bereits im Rahmen der Angebotsabgabe eingereichten und in Papierform vorgelegten Ausführungen ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis unter Zuhilfenahme der hier bereits anliegenden Matrix für die 2. Auswahlstufe bewertet.

Die Bewertung erfolgt durch ca. 5 Personen, bestehend aus Mitarbeitern der Verwaltung.

Die Bewertung erfolgt entsprechend der anliegenden Wertungsmatrix/Zuschlagskriterien bzw. wie vorstehend beschrieben.

Eine Kostenerstattung gegenüber dem Bewerber für die Erstellung der Ausführungen erfolgt ausdrücklich nicht.

## Zuschlagskriterium: Honorarangebot/Allgemeines

Das Preisangebot ist bereits im Rahmen der Angebotsabforderung über www.evergabe.de innerhalb der Angebotsfrist schriftlich vorzulegen und zum Bietergespräch in Papierform einzureichen und die Ausführungen sind in 4-facher Ausfertigung zu übergeben.

Insofern ist ein Preisangebot zu unterbreiten, das sich an der HOAI orientiert, wobei auch erkennbar sein muss, welche Vergütung auf die jeweiligen geforderten Planungsleistungen und besonderen Leistungen entfällt und unter Angabe von Stundensätzen sowie Nebenkosten.

Es wird vorausgesetzt, dass die Honorarabrechnungen den Förderrichtlinien entsprechen werden.

Als besondere Leistungen sind die Erstellung der Flucht- und Rettungspläne und SiGeKo Brandschutz vorzusehen. Diese sind pauschaliert oder basierend auf Stundenhonoraren anzubieten.

Bei der Angabe von Stundensätzen ist nach den jeweiligen Qualifikationen der Projektausführenden (Projektleiter, stellvertretender Projektleiter, Büroangestellte u. a.) zu unterscheiden.

Darüber hinaus sind neben dem Nettobetrag die gesetzliche Mehrwertsteuer sowie der Bruttobetrag zu benennen.

Es ist aufzuführen, wie bzw. in welchen zeitlichen Intervallen das Honorar abgerechnet werden soll und nachgewiesen wird, wie dieses gegenüber der Fördermittelgeberin zur Abrechnung kommen soll.

Im Anschluss an das Bietergespräch wird neben der kurzen Präsentation des Preisangebotes auch das in Papierform im Rahmen der Angebotsabgabe und zum Bietergespräch vorgelegte und präsentierte Preisangebot bewertet.

Das jeweilige Preisangebot soll einen Umfang von 6 DIN A4-Seiten bei üblicher Schriftgröße nicht überschreiten.

## Honorarangebot – Höhe/Bewertung

Die Bewertung erfolgt nach Punkten, die anschließend gewichtet werden. Die Punkte 5, 3 und 1 werden nach folgender Maßgabe vergeben.

Als auskömmliches Honorar wird zunächst der Mittelwert zwischen der Honorarschätzung des Auftraggebers (HAG) und dem Mittelwert (Hm) aller Angebote (Hi) gewählt.

Das „optimale“ Honorar (Hopt)ist dann:



Das optimale Honorar Hopt wird als sehr gut bewertet und erhält die maximale Bewertung von 5 Punkten. Eine Abweichung von bis zu 5 Prozent ober- und unterhalb dieses Wertes erhält ebenfalls eine Bewertung von 5 Punkten.

Bei Abweichungen zwischen 5 und bis zu 10 Prozent ober- und unterhalb des optimalen Honorar Hopt erfolgt eine Bewertung mit 3 Punkten

Alle anderen Honorarangebote erhalten eine Bewertung von 1 Punkt.

## Zusätzliche allgemeine Hinweise

Im Anschluss an das Bietergespräch werden neben der Präsentation der Ausführungen zu den vorstehenden Anforderungen auch die bereits im Rahmen der Angebotsabgabe eingereichten und in Papierform vorgelegten Ausführungen ausschließlich von dem im Bietergespräch anwesenden Personenkreis hinsichtlich der Form und des aufgeführten Inhaltes bewertet.

# Verfahren/Verfahrensart

Offenes Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

## Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer

siehe vorstehend

## Angaben zur Verhandlung

Der Auftraggeber behält sich vor, den Zuschlag ohne weitere Verhandlung auf Grundlage des im Rahmen des Auswahlverfahrens abgegebenen Erstangebotes des Bewerbers zu vergeben (§ 17 Abs. 11 VgV.

Wie Ihnen bekannt ist, kann die Angebotsfrist im Sinne des § 17 Abs. 6 VgV erheblich verkürzt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn, wie vorliegend, über www.eVergabe.de, die elektronische Übermittlung akzeptiert wird und im Übrigen die Voraussetzungen für die Abgabe des Angebotes bzw. das Bietergespräch und mithin die Zuschlagskriterien bereits mit der Auftragsbekanntmachung veröffentlicht worden sind.

Insofern behält sich der Auftraggeber vor, die Angebotsfrist im Sinne des § 17 Abs. 6 VgV zu beschränken.

In diesem Zusammenhang würden die Bieter nochmals gesondert aufgefordert werden, vorsorglich im Sinne des § 17 Abs. 7 VgV ihr Einvernehmen dahingehend mitzuteilen, dass die Angebotsfrist gegebenenfalls verkürzt wird. Die Verkürzung erfolgt dann auf diese Frist für alle Bieter gleichermaßen.

## Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der öffentliche Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: nein

# Verwaltungsangaben (Termine/Fristen)

## Frühere Bekanntmachungen zu diesem Verfahren

nein

## Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge

Tag: 20.02.2024

Uhrzeit: 12:00 Uhr

## Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe

Tag: 26.02.2024

## Sprache in der die Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

## Bindefrist des Angebotes

Das Angebot muss gültig bleiben bis 31.05.2024.

# Weitere Angaben

## Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Die ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

## Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

1. Der ausgefüllte Teilnahmeantrag sowie die Anlagen und der EEE-Vordruck sind rechtsgültig zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Bewerbungsfrist digital bei www.eVergabe.de einzureichen. Nicht unterschriebene bzw. nicht digital eingereichte Bewerbungen bei www.eVergabe.de werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Ein Angebot, das nicht form- oder fristgerecht eingegangen ist, wird ausgeschlossen, es sei denn, der Bewerber hat dies nicht zu vertreten (wobei er hierfür nachweispflichtig ist),
2. Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich in digitaler Form an den Auftraggeber unter www.eVergabe.de spätestens 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist zu richten.

Verbindliche Stellungnahmen, die für alle Bewerber von Relevanz sind, werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter www.eVergabe.de bis 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht,

1. eingereichte Bewerbungsunterlagen verbleiben bei dem Auftraggeber und werden nicht zurückgesandt,
2. geforderte Nachweise sind in Kopie, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung der Bewerbung beizulegen,
3. Informationspflicht der Bewerber:

Der Bewerber verpflichtet sich, sich eigenverantwortlich bis 4 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Internetseite zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter wurde der Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 4 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Internetseite veröffentlicht.

Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen:

Ist der Teilnahmeantrag bereits versandt worden, so ist dies dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist auf www.eVergabe.de, mitzuteilen, sofern:

* + der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,
  + der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist vorliegen,
  + der alte Teilnahmeantrag - ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben - aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber vorliegen muss,
  + der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In dem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss.

Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrecht gehalten wird.

Der Teilnahmeantrag, der EEE-Vordruck und die übrigen Unterlagen, die zwingend zu verwenden sind sowie die Bewertungsmatrizen, der Vertragsentwurf und die übrigen Anlagen stehen unter www.eVergabe.de zur Verfügung.

Der Auftraggeber behält sich vor, Erklärungen und Nachweise zum Teilnahmeantrag bei dem Bewerber nachzufordern, sofern diese zum Zeitpunkt der Abgabe der Bewerbungsunterlagen nicht beigelegen haben, jedoch Relevanz für die Wertung besteht (§ 56 VgV). Der Auftraggeber wird für die Nachforderung von Nachweisen und Erklärungen gegenüber dem Bewerber eine angemessene Frist im Sinne des § 56 Abs. 4 VgV setzen. Werden die insofern geforderten Unterlagen dann nicht fristgerecht eingereicht, wird die Bewerbung vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Die Anfragen und die Antworten von Bewerbern werden ebenfalls anonymisiert eingestellt.

# Rechtsbehelfsbelehrungen/Nachprüfungsverfahren

## Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsbelehrungen/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig

Braustraße 2

04107 Leipzig

Deutschland

Telefon: +49 341 997 0

E-Mail: [vergabekammer@lds.sachsen.de](mailto:vergabekammer@lds.sachsen.de)

Fax: +49 341 997 1049

Internet-Adresse: <http://www.lds.sachsen.de>

Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis über das Nachrichtenportal bei www.eVergabe.de zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber über das Nachrichtenportal bei www.eVergabe.de zu rügen. Die Frist beginnt mit der Kenntnis des Vergabeverstoßes und endet mit Ablauf des zehnten Kalendertages, spätestens jedoch mit Ablauf der in der Bekanntmachung bzw. den Vergabeunterlagen genannten Frist zur Abgabe des Teilnahmeantrags. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass nach Ablauf dieser Frist Vergabeverstöße, die aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht mehr gerügt werden können.

Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

Der Auftraggeber informiert im Sinne des § 134 GWB spätestens 10 Kalendertage vor dem Vertragsschluss denjenigen bzw. diejenigen Bieter, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots und über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses.

Die Mitteilungen erfolgen ausschließlich auf www.eVergabe.de an den Bieter. Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags erklärt sich der Bieter damit einverstanden und verpflichtet sich, dass der Schriftverkehr ausschließlich über www.eVergabe.de erfolgt und zwar auch in Bezug auf die Mitteilung über beabsichtigte Rechtsbehelfe seitens des Bieters.

Weiterhin erklärt sich der Bieter einverstanden, dass den nichtberücksichtigten Bietern der Name des erfolgreichen Bieters mitgeteilt wird.

## Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Leipzig

Braustraße 2

04107 Leipzig

Deutschland

Telefon: +49 341 997 0

E-Mail: [vergabekammer@lds.sachsen.de](mailto:vergabekammer@lds.sachsen.de)

Fax: +49 341 997 1049

Internet-Adresse: http://www.lds.sachsen.de

# Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

15.01.2024

**Anlagen**:

* Teilnahmeantrag
* Bewertungsmatrix 1
* Bewertungsmatrix 2
* Vertragsentwurf
* EEE-Vordruck
* Entwurfsplanung einschließlich aller Anlagen

1. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher, weiblicher, u.a. Sprachformen verzichtet. Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen, gelten für alle Geschlechter gleichermaßen ohne jegliche Wertung oder Diskriminierungsabsicht. [↑](#footnote-ref-1)